

LESERBRIEFE

Primo anno oculus,
Herr Nuntius

Was für einfache Seelsorger bei ihrem Amtsantritt gilt, sollte auch Erzbischof Gullickson beherzigen: Primo anno oculus.

Diese alte Weisheit, sich ein Jahr lang mit den Gegebenheiten und den Menschen vor Ort vertraut zu machen, bevor man urteilt und Dinge verändert, hat sich in der Praxis der Kirche bewährt.

Darum befremden mich die Äusserungen des neuen Nuntius, wie sie in der Tagespresse wiedergegeben wur-

den, dass Pfarreien ohne Priester geschlossen werden sollen.

Vorbild, wie ein Nuntius in der Schweiz mit ihren besonderen kirchlichen Strukturen und ihrem Demokratieverständnis seine Aufgabe erfüllen kann, ist bis heute Erzbischof Josef Rauber, der vergangenes Jahr vom Papst in den Kardinalsrang erhoben wurde.

Roger Seuret-Emch,
Pfarreileiter Altishofen

Bruch mit dem Rechtssystem

Am 28. Februar 2016 stimmt die Schweiz über die sogenannte Durchsetzungsiniziativa ab. Die SVP will damit erzwingen, dass alle Personen ohne Schweizer Pass auch wegen leichter Delikte automatisch und ohne Rücksicht auf die Umstände ausgeschafft werden.

Die Initiative bricht mit dem Schweizer Rechtssystem, obwohl sie vorgibt, sehr schweizerisch zu sein. Das Schweizer Recht beurteilt bis auf den Tag den Einzelfall und das muss so bleiben. Die Initiative will das nicht mehr. Sie will, dass zum Beispiel auch Secondos, ungeachtet der Schwere eines Delikts, ausgeschafft werden müssen. Secondos sind in der Schweiz aufgewachsen und kennen ihr «Ursprungsland» vielleicht gar nicht, haben nie dort gelebt. Sie sind Schweizer ohne Schweizer Pass.

Wer ein Delikt begeht, muss bestraft werden. Je schwerer das Delikt ist, umso härter fällt die Strafe aus. Das ist geltendes Recht. Eine Ausschaffung ist eine zusätzliche Massnahme. Sie muss der besonderen Situation der hier geborenen Ausländer Rechnung tragen. Damit bricht die Initiative: Die Umstände als Secondo, die Schwere des Delikts und die Höhe der Strafe sollen keine Rolle spielen. Das geht selbst SVP-Exponenten zu weit. Das können wir anderen erst recht zum Nennwert nehmen.

Die Initiative bricht aber auch mit den Regeln der Demokratie, obwohl sie vorgibt, superdemokratisch zu sein. Die Frist zur Umsetzung der «Ausschaffungsiniziativa» beträgt fünf Jahre. Die SVP lancierte die neue Initiative schon

nach zwei Jahren. Da hatte das Parlament mit der Umsetzung der ersten Initiative noch gar nicht begonnen. Das ist mittlerweile abgeschlossen.

Eine Garantie, bleiben zu können, haben Secondos im Übrigen schon heute nicht. Es sind Fälle von Ausweisungen bekannt, die für das Begehen von schweren Delikten verhängt wurden. Die Umsetzung der Ausschaffungsiniziativa geht noch weiter, bis an die Grenzen unseres Rechtssystems. Die Initiative aber will jegliche Ausnahme verunmöglichen. Das ist unmenschlich und es ist rechtswidrig.

Schliesslich trägt die Initiative einen verschleiernenden Titel. Sie heisst «Durchsetzungsiniziativa», geht aber in mehreren Punkten weiter als die «Ausschaffungsiniziativa», die sie angeblich durchsetzen will.

Louis Schelbert,
Nationalrat Grüne Luzern

80 Zeilen
pro Leserbrief

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 2700 Zeichen beschränken. **wb**

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Yvonne Hunkeler
CVP, Grosswangen

Liebe Leserinnen und Leser
Die Flüchtlingsströme, welche in den vergangenen Monaten auf Europa und die Schweiz zukamen, machen mir Angst und Sorgen. Zurzeit hat sich die

Asylsuchende
in der Schweiz

Lage für uns aufgrund der Wetterbedingungen etwas beruhigt, doch 2016 wird nicht einfacher. Ich fühle mich hin- und hergerissen zwischen den Gedanken, offen und hilfsbereit zu sein und Grenzen zu setzen. Lösungen habe ich keine, aber ich habe eine Haltung.

Persönlich habe ich eine sehr offene Einstellung anderen Menschen gegenüber. Ausländerinnen und Ausländer finde ich mit ihrem andersartigen Hin-

tergrund interessant. Ich habe noch nie negative Erfahrungen diesbezüglich gemacht, auf jeden Fall nicht mehr als mit Schweizerinnen. Kanada ist für mich dabei ein gutes Beispiel. Kanada ist – eigentlich wie die Schweiz – ein Einwandererland. In Vancouver beispielsweise wird die Parade zum Nationalfeiertag von 35 Nationen gestaltet, das Nationalbild von Kanada ist geprägt von multikulturellem Zusammenleben. Davon wünsche ich mir in der Schweiz auch etwas mehr, ohne den Stolz über unsere Wurzeln und unsere Tradition zu vergessen.

Grenzen setzen

Die Schweiz gehört nach wie vor nicht zu den primären Zielländern der Asylsuchenden. Dies hat wohl auch mit den strengen Vorschriften zu tun. Es zeigt sich damit aber auch, dass ein Land sehr wohl beeinflussen kann, wie attraktiv es für Asylsuchende wirkt. Beispielsweise Deutschland und Schweden liessen über lange Zeit ihre Grenzen offen und nahmen alle auf. Dies hat eine regelrechte Sogwirkung ausgelöst, von welcher auch die anderen europäischen Länder betroffen sind. Dies darf nicht sein. Trotz aller Offenheit und den Chancen, welche Einwanderung mit sich bringen kann,

dürfen wir keine falschen Anreize setzen. Die Situation ist auch für den Kanton Luzern und die Gemeinden höchst anspruchsvoll. Bisher wurde die Aufgabe sehr gut gelöst: Man hört wenig Negatives, es wird offen und ehrlich kommuniziert und die Gemeinden werden mit einbezogen. Verteilschlüssel wurden angepasst und das System mit der Ersatzabgabe scheint Wirkung zu zeigen. Der Kanton Luzern stellt zudem auch Forderungen an den Bund.

Junge Männer aus Eritrea oder anderen Staaten erreichen unser Land. Sie sind risikofreudig, können kaum etwas verlieren, tragen zu Hause wenig Verantwortung. Was suchen sie hier? Arbeit? Wohlstand? Ein einfaches Leben oder einfach nur eine bessere Zukunft? Ist das nicht dasselbe, was unsere Urgrossväter in den Vereinigten Staaten gesucht haben? Sollen diese Männer bleiben dürfen oder nicht? Dann kommen Familien aus Syrien: Ich stelle mir die Frage, wie müsste die Situation in der Schweiz sein, damit eine Familie ihr Haus verkauft, das letzte Hab und Gut zusammenpackt und die Reise ins Ungewisse antritt? Diese Schwelle halte ich für sehr hoch! Sollen diese Familien deshalb ein höheres Bleiberecht erhalten? Auch

unter den Asylsuchenden braucht es eine Differenzierung. Schnelle Verfahren haben den Betroffenen so rasch als möglich aufzuzeigen, ob sie bleiben können oder nicht. Denn alle können wir nicht aufnehmen.

Orientierung
an christlichen Werten

Häufig werden Asylsuchende und Flüchtlinge in denselben Topf mit Terroristen geworfen. So ist einfach Politik zu machen, doch ich will keine geistige Brandstiftung. Ich lasse mich nicht aufhetzen, sondern ich versuche in meinem Urteil sachlich zu bleiben, auch wenn es bei den Bildern der Flüchtlingsströme, welche gegen Europa ziehen, schwer fällt. Im Gegensatz zu den Achtzigerjahren kommen jetzt mehrheitlich Muslime nach Europa. Das macht die Situation schwieriger. Die kulturellen Unterschiede sind viel grösser und die Integration anspruchsvoller. Wir müssen uns der Frage stellen, wer wir Schweizer sind? Was erwarten wir von den muslimischen Einwanderern? Was liegt näher, als sich dabei an den christlich-ethischen Werten der CVP zu orientieren? Ich schlage trotz der vielen Fremden in unserem Land keine fremdenfeindlichen Töne an, ich stehe zu unserer humanitären

Tradition und will wirklich verfolgten Menschen in der Schweiz Asyl gewähren. Alle, die hier ankommen, sind erst mal Menschen. Ich will aber keine Extremisten oder Kriminelle, welche in die Schweiz einreisen, das braucht eine konsequente Missbrauchsbekämpfung im Asyl- und Ausländerbereich und schnelle Asylverfahren. Wirtschaftsflüchtlinge sollen in der Schweiz kein Asyl erhalten und müssen umgehend in ihre Heimatländer zurückgeschafft werden. Das Schlepperwesen muss mit aller Härte bekämpft werden. Wir Schweizerinnen und Schweizer haben eine christliche Kultur und Tradition, dazu stehe ich. Ich scheue mich nicht davor, konkret Stellung zu nehmen zu Fragen wie Kopftuch- oder Edelweiss-hemdenträger an Schulen oder das Aufstellen von Krippen in Schweizer Städten. Auch will ich Frauen, die in der Schweiz leben, nicht voll verschlei-ert sehen und muslimische Mädchen sollen mit ihren Kolleginnen den obligatorischen Schwimmunterricht besuchen.

Ich lebe in einem privilegierten Land. Dafür kann ich nichts, ich habe einfach nur Glück und ich bin unendlich dankbar dafür! Diese Sichtweise soll auch mein Verhalten prägen.



ANNO DAZUMAL

Wurstmahl am 15. November 1948 in Pfaffnau. Von links: Adolf Hunkeler, Alfred Gut, Otto Kneubühler, Alfred Studer, Josef Purtschert («Metzger Seppali»), Alfred Hodel, Alfred Wyss und Josef Vogel. Das Bild wurde zur Verfügung gestellt von Stephan Vonesch, Pfaffnau.

Kontroverse Wirtschafts-Rezepte

Welche Zaubermittel serbelnden Zweigen der Schweizer Wirtschaft zu verschreiben sind, ist das aktuelle Rätsel in den Medien seit Jahresbeginn. Die Rezepte fallen ganz unterschiedlich aus. Doch ein Links-Rechts-Schema, analog der Politik, ist schon erkennbar.

Da glänzt der linksgerichtete ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm am 5. Januar im «Tages-Anzeiger» ausführlich mit dem Titel «Nationalbank reformieren!». Er spricht darin dem Dreier-Direktorium und dem bisher bewährten Ziel der Geld- und Währungspolitik die Glaubwürdigkeit ab. Strahm geisselt den Franken-Schock vom 15. Januar 2015, meint aber auch, dass die Welt der Ökonomen zu dieser Frage sehr gespalten sei. Seine linken Rezepte (mehr staatliche Ausdehnung, mehr Entscheidungsträger, mehr Kompetenz-Beschneidung usw.) stellen den bewährten gradlinigen Kurs der Nationalbank infrage. Strahm erwähnt aber mit keinem Wort die ausufernden Vorschriften, die unsere einst florierende

freie Marktwirtschaft noch viel mehr lähmen als der Frankenkurs.

Strahm sowie auch EZB-Chef Draghi suggerieren heute gutes Scheingeld, während wir früher gute Geldscheine hatten. Dabei übersehen diese beiden Rezept-Mixer, dass in der weltweiten Kreditwelle private und öffentliche Schulden innert 20 Jahren von 40 Bio.\$ auf 225 Bio.\$ stiegen, das Weltsozialprodukt aber nur von 28 Bio.\$ auf 70 Bio.\$ Sollten Private und Staaten nicht mehr zurückzahlen können, sind grössere Crashes und Verwerfungen vorprogrammiert. Fachkundige Warner legen weltweit kräftig zu (Griechenland und Börsenaufkatz 2016 lassen grüssen).

Ganz anders als Strahm sah dies am 3. Januar 2015 Wirtschaftschef Peter Burkhardt in seinem Statement mit dem Titel «Stopp dem überbordenden Staat». Für Burkhardt ist klar, dass für die Geldpolitik die Gesetze des Marktes gelten. Die Nationalbank habe spät, aber richtig gehandelt. Einer Neu-Anbindung des Frankens an

einen Währungskorb wird eine klare Absage erteilt. Dieser Wirtschaftsexperte macht deutlich, dass der hohe Frankenkurs vielen Unternehmen zwar zu schaffen mache, aber noch viel mehr die überbordenden Vorschriften und Eingriffe des Staates. Er ertet klar, dass die Schweiz den stärksten Anstieg aller Industriestaaten im Bereich Gesetzesdichte und Personalbestand öffentlicher Verwaltungen habe. Die Staatsquote sei in den letzten acht Jahren unter dem linkslastigen Parlament beängstigend angestiegen, sodass wir heute bis Ende Mai für den Staat arbeiten müssen. Dies sei «unverhältnismässig», um auch hier mit dem neuesten Modewort im Medien-Stadion aufzulaufen.

Leserinnen und Leser entscheiden am besten selber, welche Rezepte für die Wiedererstarkung der einst soliden Schweizer Wirtschaft «verhältnismässig» sind.

Hans Isenschmid, Egolzwil